

zeitung gegen den krieg

Nr. 42 Sommer 2018

Die Nato – antidemokratisch; kriegstreiberisch Seite 2
Proteste gegen Nato-Gipfel in Brüssel Seite 3
UN-Vertrag zum Atomwaffenverbot Seite 3

Hochrüstung spaltet Europa Seite 3
EU als Aufrüstungsunion (PESCO) Seite 4
Vorbereitungen für einen Atomkrieg Seite 4

Der Nato-Gipfel in Brüssel und die Forderungen der Friedensbewegung

Kriegsdrohung & Kriegsdynamik



Zweifelsohne ist Donald Trump, Präsident des führenden NATO-Staats, ein Kriegstreiber. Der zunächst positive Ausgang des Singapur-Gipfels vom 12. Juni ändert daran nichts (siehe rechte Spalte). Doch es ist nicht in erster Linie eine einzelne „durchgeknallte“ Person, die die Welt immer näher an den Abgrund eines neuen großen Kriegs rückt. Das Ganze hat System: Wir erleben einen *langfristigen Prozess der Kriegsvorbereitungen*. Seit Mitte der 1990er Jahre nahm die Nato dreizehn neue Länder in das Bündnis auf und expandierte damit vor allem immer weiter an die russischen Grenzen. Am 4. Dezember 2014 beschloss das US-Repräsentantenhaus mit 411 gegen 10 Stimmen die Resolution 758 und forderte damit dazu auf, die USA auf einen Krieg mit Russland vorzubereiten. Im gleichen Jahr unterstrich die Nato auf ihrem Gipfel in Newport, Wales, ihre Forderung, wonach alle Mitgliedsstaaten bis 2024 ihre Rüstungsausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts anheben – und damit in absoluten Zahlen fast verdoppeln – müssen. All dies erfolgte *vor* dem Amtsantritt von Trump als US-Präsident. Heute kann sich Trump auf diese kriegstreiberischen Prozesse der vergangenen Jahre beziehen ... und die konkrete Vorbereitung auf einen großen Krieg vorantreiben, z.B. auf dem kommenden Nato-Gipfel in Brüssel am 11. und 12. Juli. Das findet seinen Ausdruck in der Weltwirtschaft, in der Weltpolitik und in der Weltrüstungsbranche.

Weltwirtschaft & Krieg

Kriege sind oft eine Fortsetzung kapitalistischer Konkurrenz – geplant meist von der Wirtschaftsmacht, die allein mit „friedlicher“ Konkurrenz ihren Expansionsdrang nicht (mehr) befriedigen kann. Das traf vor den beiden Weltkriegen auf Deutschland zu. Das trifft heute auf die USA zu. Trump setzt auf Handelskrieg gegen westliche Staaten und gegen China und auf „Sanktionen“ gegen Russland. Am 9. Juni ließ Trump den G7-Gipfel in Kanada faktisch platzen, indem er seine Unterschrift unter die gemeinsame Abschlussklärung über „freien und fairen Handel“ zurückzog. Der französische Präsident Macron bilanzierte: „Ökonomischer Nationalismus führt zu Krieg. Das ist genau das, was in den 1930er Jahren passierte!“

Weltpolitik & Krieg

Seit Anfang 2018 gibt es im Monatstakt Ereignisse, mit denen die Kriegsgefahr wächst. Januar 2018: Einmarsch des Nato-Staats Türkei in Syrien. Februar 2018: Trump droht mit einem Atomschlag gegen Nordkorea. März 2018: Die britische Regierung beschuldigt Russland ohne belastbare Beweise eines Giftgaseinsatzes in Salisbury. In westlichen Staaten müssen Dutzende Diplomaten russische Botschaften und Konsulate im Westen verlassen. April 2018: Massive Raketenangriffe der Nato-Staaten USA, Großbritannien und Frankreich in Syrien. Eine Konfrontation mit der Atommacht Russland wird bewusst in Kauf genommen. Mai

2018: Die US-Botschaft in Israel wird nach Jerusalem verlegt, der Konflikt mit der palästinensischen Bevölkerung gezielt angeheizt. Mai und Juni 2018: Der US-Präsident Trump kündigt das Atomabkommen mit dem Iran auf. Dabei erklärte die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA), der Iran habe sich „exakt an alle Vereinbarungen des Abkommens gehalten.“

Weltrüstungsindustrie & Krieg

Seit Anfang 2017 boomt die internationale Rüstungsindustrie. Die USA erhöhten ihre Rüstungsausgaben zwischen 2016 und 2018 um mehr als 25 Prozent. Diese steigen allein 2018 gegenüber dem Vorjahr von 610 auf mehr als 700 Milliarden US-Dollar. Die deutschen Rüstungsausgaben erhöhen sich 2017 und 2018 um 15 Prozent. Saudi Arabien stieg 2017 – hinter den USA und China – zum Land mit den dritthöchsten Rüstungsausgaben auf. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* stellt fest: „Die Staaten des Nahen Ostens sind in einen regelrechten Rüstungswettlauf eingestiegen.“ Die weltweiten Aufrüstungsprogramme werden mit der neuen *atomaren Hochrüstung* auf die Spitze getrieben. Bereits unter US-Präsident Obama wurde das 1-Billion-Dollar-Programm zur „Modernisierung“ der US-Atomwaffen beschlossen. Es geht um die Entwicklung und um die Stationierung von Atomwaffen mit „geringerer“ Sprengkraft, um diese besser in kommenden Kriegen einsetzen zu können.

Und Russland und China? China

rüstet zweifellos deutlich auf. 2017 lagen die chinesischen Rüstungsausgaben bei umgerechnet 228 Milliarden US-Dollar. Das Land betreibt auch eine regional-imperialistische Politik und beansprucht Inseln und Atolle, die nach internationalem Recht nicht zu China gehören. Die russischen Rüstungsausgaben betragen 2017 umgerechnet 66,3 Milliarden US-Dollar. Sie lagen damit um 20 Prozent *unter* dem Vorjahresniveau. Russland „modernisiert“ seine Atomwaffen in vergleichbarer Weise wie die USA.

Insgesamt gilt es, die Relationen im Blick zu behalten: Die Nato-Staaten gaben 2017 rund 950 Milliarden US-Dollar für Rüstung aus. Zusammen mit den Rüstungsausgaben einiger anderer westlicher Staaten (Japan, Australien, Südkorea, Saudi Arabien) erreichen die westlichen Rüstungsausgaben rund 1200 Milliarden US-Dollar. Das ist das Vierfache der addierten Rüstungsausgaben von Russland, China und Nordkorea.

Die Dynamik von Aufrüstung und wachsender Kriegsgefahr geht eindeutig vom Westen und vor allem von der Nato aus. Die Friedensbewegung fordert: Stopp aller Waffenexporte! Radikale Abrüstung! Austritt aus der Nato und Auflösung der Nato! Einsatz der frei werdenden Mittel für Umweltschutz und Klimaschutz, für Hilfen im Süden und für die Unterstützung von Geflüchteten! No to Nato – no to war!

Mr. Donald Trump! Das Singapur-Treffen zwischen Ihnen und Kim Jong-un, dem nordkoreanischen Machthaber, sei „großartig“ gewesen. Es habe sich um ein „epochales Ereignis von großer Bedeutung“ mit dem Ziel einer „dauerhaften und stabilen Friedensregelung auf der koreanischen Halbinsel“ gehandelt. Aber hat nicht Ihr Sicherheitsberater John Bolton noch Mitte Mai erklärt, die „Entwaffnung Nordkoreas muss nach dem libyschen Muster ablaufen“? Dieses „Muster“ bestand darin, dass Libyen 2003 als Ergebnis von Verhandlungen sein gesamtes (geheimes) Nuklearprogramm auflöste und sämtliche nuklearen Bauteile US-Spezialisten übergab. Das Land wurde später dennoch u.a. von US-Kampfflugzeugen bombardiert; Muammar al Gaddafi wurde ermordet. Die Führung Nordkoreas reagierte entsprechend empört auf diese US-Vergleiche zwischen Libyen und Nordkorea. Jetzt also, vier Wochen später, ein „ehrlicher Meinungs-austausch“? Richtig ist wohl: Pack schlägt sich, Pack verträgt sich. Dumm ist nur, dass wir es hier nicht mit einem Wild-West-Film und nicht mit einer Privatangelegenheit zu tun haben. Die Atomspielchen von Ihnen, Mr. Trump, und diejenigen von Herrn Kim Jong-un bedrohen das Leben von Millionen Menschen.

Mr. Daniel Ellsberg! Sie sind einer der ganz großen Whistleblower und dienten dem Frieden, als Sie 1971 die geheimen Dokumente („Pentagon Papers“) über den schmutzigen Krieg der USA in Vietnam US-Medien übergaben. In dem Film „Die Verlegerin“ wurde jüngst in beeindruckender Weise an Sie erinnert. Nun haben Sie, mit 86 Jahren, ein Enthüllungsbuch vorgelegt. Titel: „The Doomsday Machine. Confessions of a Nuclear War Planner“ („Die Weltuntergangsmaschine. Bekenntnisse eines Atomkriegsplaners“). Darin schildern Sie, wie hochkriminell das Pentagon in den 1960er Jahren war und mit 10 Prozent-Wahrscheinlichkeit eine wechselseitige atomare Vernichtung zwischen USA und UdSSR in Kauf nahm. Leider ist Ihr neues Buch nicht nur eines über Geschichte. Es ist hochaktuell angesichts der Person Trump, der vielen Militärs in Trumps Kabinett und angesichts der atomaren Hochrüstung! (siehe S.4).

Zu dieser Zeitung

Diese *Zeitung gegen den Krieg* wird gemeinsam von der ZgK-Redaktion und der Kampagne „No to war – no to Nato“ herausgegeben. Sie dient der Information über den kommenden Nato-Gipfel in Brüssel und der Mobilisierung gegen diese Militaristen-Tagung. Siehe die Informationen zu den Aktivitäten in Brüssel Seite 3.

Nato – Geschichte und Aktualität

Wenn die Nato am 11. und 12. Juli in Brüssel ein weiteres Gipfeltreffen abhält, ist das für die Friedensbewegung Anlass für eine grundlegende Auseinandersetzung mit den Mythen und der Realität der NATO.

Behauptung 1

Die Nato ist ein „Verteidigungsbündnis [...] mit dem Ziel eigener Sicherheit und weltweiter Stabilität“. So die Nato-Definition bei (der deutschsprachigen Ausgabe von) Wikipedia.

Antwort

Tatsächlich lässt sich die Nato dreifach charakterisieren: Erstens ist die Nato absolut auf die US-Interessen ausgerichtet. Nicht zufällig wird die Nato-Kommandostruktur immer von einem US-General oder Admiral angeführt (aktuell von dem Vier-Sterne-General Curtis M. Scaparotti). Zweitens handelt es sich um einen Militärpakt, der sich in aggressiver Form und letzten Endes immer bei Androhung von Atomwaffen-Einsätzen gegen Mächte richtet, die die US-Vorherrschaft bedrohen. Das waren früher die Sowjetunion und die Warschauer Pakt-Staaten. Das ist heute Russland. Drittens ist die Nato strikt antidemokratisch. Siehe Antworten 2 und 4.

Impressum

Die Zeitung GEGEN DEN KRIEG (ZgK) wird herausgegeben von Heike Hänsel Tübingen · Tobias Pflüger Tübingen · Ulrich Sander Dortmund · Bärbel Schindler-Saefkow Berlin · Laura von Wimmersperg Berlin und Winfried Wolf Michendorf. Redaktion dieser Ausgabe Reiner Braun, Winfried Wolf. Übersetzungen Nils Biermann. Unterstützt von und in Zusammenarbeit mit dem „Internationalen Netzwerk No to War – No to NATO“.

Die ZgK erscheint im Büro für Frieden und Soziales – BFS e.V., Michendorf.

Verantwortlich im Sinne des Presserechts Dr. Winfried Wolf.

Unterstützende Personen, Parteien, Initiativen und Organisationen Die Anstifter (Stuttgart) · Antikriegsforum Ludwigshafen · AG Frieden Trier · bundesweite Attac-AG Globalisierung und Krieg · Bremer Friedensforum · Friedensbündnis Karlsruhe · Galerie Olga Benario, Berlin · Willi Hoffmeister, Sprecher des Ostermarsches Ruhr · Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) · Deutscher Friedensrat e.V. · Kampagne Krieg beginnt hier · LabourNet · Sozialistische Linke Karlsruhe · Bundesausschuss Friedensratschlag · Redaktion Lunapark21 · Naturwissenschaftlerinitiative Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit · Nordbremer Bürger gegen den Krieg · Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) · PapyRossa Verlag Köln · Rüstungs-Informationsbüro (RIB e.V.), Freiburg · Sozialistische Zeitung/SoZ, Köln · DIE LINKE (Partei Vorstand)

Gestaltung Joachim Römer

Redaktions- & Vertriebsadressen
Postanschrift BFS e.V. · An den Bergen 112 · 14552 Michendorf

E-Mail zeitung-gegen-den-krieg@gmx.de

Bezugspreise & Konto

Der Versand erfolgt auf Bestellung zu den folgenden Unkosten:

von 1 bis 99 Ex = 25 Cent je Exemplar
ab 100 Ex = 15 Cent je Exemplar

Jeweils zuzüglich Porto und Verpackung.

Spenden & Konto

Die Zeitung GEGEN DEN KRIEG finanziert sich über Spenden und Unkostenbeiträge durch Friedensinitiativen und Einzelpersonen und durch die ehrenamtliche Arbeit von Autorinnen und Autoren. Der BFS e.V. ist anerkannt als gemeinnütziger Verein; Spenden sind entsprechend steuerlich abzugsfähig. Konto BFS e.V. · Mittelbrandenburgische Sparkasse IBAN DE04 1605 0000 3527 0018 66 BIC WELADED1PMB

ISSN 1611-2881



Behauptung 2

Die Nato wurde nach dem Zweiten Weltkrieg zur Verteidigung der „Freiheit“ der westlichen Staaten gegründet.

Antwort

Das ist ein verlogener Gründungsmythos. In Wirklichkeit gab es nach dem Zweiten Weltkrieg in ganz Europa die Erkenntnis, dass es eine innere Verbindung zwischen Faschismus und Kapitalismus gibt. Damals waren in Frankreich, Italien und Griechenland die demokratischen und sozialistischen Kräfte in der Mehrheit. Gleichzeitig gab es in Afrika und Asien Bewegungen gegen die Kolonialherrschaft. In dieser Situation konnten in ganz Westeuropa mit US-Hilfe („Marshall-Plan“) und mit der militärischen Einbindung in die US-geführte Nato US-freundliche Regierungen etabliert werden. Von den zehn europäischen Nato-Gründungsmitgliedern (Großbritannien, Frankreich, Italien, Portugal, Niederlande, Belgien, Dänemark, Luxemburg, Norwegen) waren alle außer Luxemburg und Norwegen aktive Kolonialmächte. Grundsätzlich unterstützten die USA die Kolonialkriege, die die alten europäischen Mächte auch nach dem Zweiten Weltkrieg gegen die antikolonialistischen Bewegungen führten: Frankreich in Indochina und Algerien; Großbritannien in Ghana, die Niederlande in Indonesien, Portugal in Angola, Guinea und Mozambique, Belgien im Kongo. In Griechenland bombardierten US-Kampfflugzeuge im Nato-Gründungsyear 1949 Stellungen der antifaschistischen Befreiungsbewegung mit Napalm. Sie rüsteten

+++ aktiv gegen krieg +++

Proteste gegen Atomwaffen der NATO in Belgien

In Kleine-Brogel, im Osten Belgiens, befindet sich das NATO-Hauptquartier. Dort lagern bis zu 20 US-amerikanische Atomwaffen.

Seit Jahren klettern belgische Demonstranten auf die Zäune der Luftbasis, um gerichtliche Schritte auszulösen – bislang ohne Ergebnisse. Bis heute will die belgische Regierung „weder dementieren noch bestätigen“, dass es Atomwaffen im Land gibt, was eine normale parlamentarische Debatte verhindert. Jüngst erhielt die Luftbasis neue (teure) Zäune, um diese besser vor Demonstranten abzuschirmen. Um 2020/21 dürften die neuen, „modernisierten“ US-Atomwaffen ankommen.

In den letzten Jahren haben sich Aktionen, Medien und politische Arbeit stärker auf den UN-Vertrag gegen Atomwaffen, die Verhinderung der Anschaffung von neuen Dual-Use Kampffjets und auf belgische Finanzinstitute konzentriert, die in die Produktion von Atomwaffen investieren. Die meiste Arbeit – einschließlich der Unterstützung internationaler Kampagnen – wird dabei von der *Belgian Coalition Against Nuclear Weapons* koordiniert. Im Juli werden die Proteste gegen die Atomwaffen der NATO Teil einer internationalen Kundgebung sein. Mehrere Protestaktionen sind geplant.

+++ engagiert für den frieden +++

das monarchietreue griechische Militär auf, das zuvor mit den Nazi-Besatzern kollaboriert hatte. Nur so konnte verhindert werden, dass in Griechenland (wie zuvor in Jugoslawien) die siegreichen antifaschistischen Partisanen die Regierung übernahmen.

Behauptung 3

Die Nato war eine Antwort auf das Vorrücken der Sowjetunion nach Westen und eine Reaktion auf den „Kalten Krieg“.

Antwort

Hier wird Henne und Ei verwechselt. Die US-Politik während des Kriegs zielte darauf ab, die Sowjetunion im Kampf gegen NS-Deutschland ausbluten zu lassen. Deshalb erfolgte

die Landung in der Normandie erst am 6. Juni 1944, nur elf Monate vor Kriegsende. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren große Teile der Sowjetunion zerstört; die militärischen Kräfte Moskaus schwach. Die USA dagegen befanden sich auf dem Höhepunkt ihrer wirtschaftlichen und militärischen Macht. Die wesentlichen Schritte der militärischen Konfrontation (mit Ausnahme der versuchten Stationierung von sowjetischen Atomraketen auf Kuba 1961) gingen vom Westen aus. Der Warschauer Pakt wurde erst sechs Jahre nach Gründung der Nato, am 14. Mai 1955 gebildet. Und dies erfolgte als Antwort auf eine andere westliche Provokation: auf den Beitritt der BRD zur Nato.

Behauptung 4

Laut aktueller Selbstdarstellung der NATO „fördert“ diese „demokratische Werte“. Sie orientiere auf eine „friedliche Lösung von Konflikten“. Nur wenn „diplomatische Bemühungen fehlschlagen“, habe die Nato auch „die militärische Macht um Operationen des Krisen-Managements durchzuführen.“

Antwort

Die Nato ist im Grunde das undemokratische Gegenstück zu den demokratisch legitimierten Vereinten Nationen (UN). Das Militärbündnis mit seinen Zielen stand von vornherein in offenem Widerspruch zu Artikel 1 der UN-Charta „Selbstbestimmung der Nationen“. Die Nato behält sich ausdrücklich das Recht vor, auch ohne Mandat des UN-Sicherheitsrats Kriege zu führen. Der Nato-Überfall auf die Bundesrepublik Jugoslawien („Kosovo-Krieg“) 1999 war ein solcher Krieg. Damals wurde – bewusst – nicht einmal versucht, ein entsprechendes UN-Mandat zu erhalten. Als in Griechenland am 21. April 1967 eine faschistische Diktatur errichtet wurde, hatte das keine Konsequenzen für die Nato-Mitgliedschaft Griechenlands. Im Gegenteil. Der Plan „Prometheus“, der mit diesem Putsch umgesetzt wurde, war ein Nato-Plan. Das Nato-Mitglied Türkei überfiel 1974 Zypern und hält inzwischen seit mehr als vier Jahrzehnten einen Teil der Insel besetzt. Doch die Türkei – inzwischen unter Erdogan autoritär regiert – blieb nicht nur immer Nato-Bündnispartner. Das Land ist einer der wichtigsten Importeure von Rüstungsgütern aus den USA, Deutschland und Frankreich.

Behauptung 5

Die Nato schützt in Osteuropa Staaten vor der russischen Bedrohung. Das ist insbesondere nach der Annexion der Krim durch Russland erforderlich.

Antwort

Auch hier werden Henne und Ei verwechselt. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion gab es viele Aussagen des Westens, wonach die Nato sich nicht nach Osten ausweiten und damit Russland nicht militärisch bedrohen würde. Im „Zwei-plus-vier-Vertrag“ ist sogar festgehalten, dass auf dem Gebiet der Ex-DDR keine nichtdeutschen Nato-Truppen dauerhaft stationiert sein dürfen. Dennoch wurden 1999 Polen, die Tschechische Republik und Ungarn und 2004 Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, die Slowakei und Slowenien neue Nato-Mitgliedsländer. Die Nato rückte damit immer näher an die russischen Grenzen heran und bedroht damit Russland militärisch. Sie tut dies aktuell mit der Verlegung von Kampfverbänden in die baltischen Staaten und nach Polen. Mit Waffenlieferungen an die Ukraine. Und mit der drohenden Stationierung von atomaren Raketensystemen in der Nähe der russischen Grenzen.

Die Forderungen „Austritt aus der Nato“ und „Auflösung der Nato“ ergeben sich logisch aus Geschichte, Struktur und Zielsetzungen dieses Militärbündnisses.



Proteste gegen den kommenden NATO-Gipfel in Brüssel

Make Peace great again!

Die Kriegsgefahr und der Militarismus wachsen von Tag zu Tag. Aktionen für Frieden, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit werden immer dringender. Seit dem letzten NATO-Gipfel 2017 gab es zwischen dem US-Präsident Trump und Nordkoreas Präsident Kim eine eskalierende Rhetorik des Atomkriegs und eines neuen Weltkriegs. Mit Trumps Aufkündigung des Iran-Abkommens und seinem Druck auf die Vertragspartner, es ihm gleich zu tun, droht eine weitere Eskalation. Im Schatten der Auslöschung zu leben ist für die Menschheit nicht tolerierbar. Wir, die Völker der Welt, lehnen diese Kriegstreiberei ab.

Seit dem Gipfel zum 60. Jahrestag der NATO in Straßburg/Kehl 2009 protestiert das internationale Netzwerk *No to war – no to NATO* gegen die Gipfel der NATO und ihre aggressive Militär- und Atompolitik, die eine Bedrohung für das Leben von Hunderttausenden, ja Millionen Menschen darstellt und das Überleben des Planeten in Frage stellt. Damit wird die erforderliche Demilitarisierung der internationalen Politik verhindert. Die Lösung der globalen Herausforderungen wird blockiert.

Wir rufen alle friedliebenden Bürger und Organisationen dazu auf, anlässlich des kommenden NATO-Gipfels am 11. und 12. Juli 2018 in Brüssel für Frieden und die Hoffnung auf eine gerechte Welt frei von Krieg, Militarisierung und Gewalt zu demonstrieren.

Samstag, 7. Juli, Protestmarsch Make Peace great again!

15 Uhr – Brüssel Nordbahnhof

Für den Frieden! Gegen den Kauf neuer Kampfflugzeuge und die Militarisierung. Wir brauchen unsere Steuergelder für Bildung, Gesundheitsversorgung, Umwelt und internationale Solidarität! Für eine Welt ohne nukleare Waffen!

Für eine lebenswerte Welt! Wir wollen eine auf Solidarität basierende und entschiedene Klimapolitik für eine nachhaltige Zukunft!

Für eine auf Solidarität basierende tolerante Gesellschaft! Wir treten für die Rechte aller Menschen entsprechend den Prinzipien von Gleichheit und Solidarität ein.

Für soziale Rechte! Schluss mit den Austeritätsmaßnahmen! Es ist Zeit in unsere Gesellschaft zu investieren. (Mehr unter <https://www.trumpnotwelcome.be>)

Sonntag, 8. Juli Gegen-Gipfel „No to war – no to NATO“

10 Uhr – 18 Uhr Brussels Institute libre Marie Haps

Programm

10.00 Uhr Begrüßung

10.30 Uhr Testimonials: „Gebt den Opfern der NATO ein Gesicht“

11.15 – 12.30 Uhr Plenum: NATO: globale Militärallianz für Krieg, Intervention und Militärausgaben | Die Rolle und Wichtigkeit von Feindbildern | Europäische Militarisierung (PESCO) & Militärausgaben (2%) | Atomwaffen: die größte Gefahr | Frauen, Krieg und Militarisierung

14.15 – 15.45 Uhr Workshops: NATO Strategie und Abschaffung, einschließlich Abrüstung und atomwaffenfreie Welt | Europa des Friedens | Frauen und Krieg | Drohnen und die Automatisierung von Waffen | Rüstungsexporte | Militärstützpunkte | Zukünftige Aktionen für den Frieden | Atomwaffen

4.00 – 6.00 Uhr Podiumsdiskussion: „Zukünftige gewaltfreie Aktionen gegen den Krieg, NATO und Militarisierung – für Frieden, Gerechtigkeit und Abrüstung“

Diskussion über gemeinsame Aktivitäten, einschließlich EU-Wahlen, NATO-Jahrestag 2019, Ende des 1. Weltkriegs, Modernisierung von Atomwaffen, B61, Kampffjets F35 und „2% des BIP für Militärausgaben“.

Mittwoch, 11. Juli weltweite Proteste

Im Namen des Friedens und der Zukunft der Menschheit rufen wir zu koordinierten weltweiten Aktionen am Tag des Gipfels auf – am Mittwoch, den 11. Juli um 17 Uhr. Unsere deutlichen Forderungen an unsere Regierungen: Austritt aus der NATO – Auflösung der NATO (www.no-to-nato.org).

Protestaktionen während des Gipfels

Ein Aufruf im gewaltfreien Protestnetzwerk lädt jeden ein, gewaltfreie Protestaktionen zu organisieren, um den NATO-Gipfel zu blockieren oder zu stören. Lasst uns kreativ, radikal, zahlreich und in Solidarität mit den Kämpfen gegen Unterdrückung und Ungerechtigkeit sein. Am 11. und 12. Juli der NATO-Gipfel in Brüssel stattfinden... oder nicht! (www.facebook.com/events/241088406461133)

Ludo de Brabander, Kristine Karch, Lucas Wirl – ICC No to war – no to NATO

Warum Europa gegen die Nato protestiert

Claudia Haydt

Fast alle europäischen Nato-Mitgliedsländer erhöhen ihre Rüstungsausgaben. Als Gegenleistung erhalten die Menschen nicht mehr Sicherheit. Die Aufrüstung erfolgt einseitig: Während Russland die Rüstungsausgaben reduziert, setzt die Nato auf mehr einsatzfähige Kampftruppen, mehr Panzer, mehr Kampfflugzeuge. Anstatt mit unseren östlichen Nachbarn zusammenzuarbeiten und abzurüsten, wird die Entwicklung neuer Waffensysteme wie Killer-Drohnen vorangetrieben. Auf diese Weise wird Europa gespalten und die Kriegsgefahr gesteigert. Was Europa stattdessen dringend benötigt, sind soziale Gerechtigkeit, Investitionen in die maroden Infrastrukturen und gewaltige Anstrengungen für Klima- und Umweltschutz. Die Nato ist der entscheidende Grund dafür, dass sich europäische Staaten nicht dem neuen UN-Vertrag zum Verbot aller Atomwaffen anschließen. Die steigenden Rüstungsausgaben zerstören den sozialen Zusammenhalt und stärken rechte Parteien und fremdenfeindliche Strömungen. Statt Hass und Gewalt zu unterstützen gilt es in den Frieden zu investieren. Mit unseren Protesten gegen den Nato-Gipfel machen wir deutlich: Wir wollen alle Hindernisse auf dem Weg zum Frieden aus dem Weg räumen. Die Nato muss aufgelöst, die Militarisierung der EU gestoppt werden.

Die NATO und Atomwaffen – Der König ist nackt

Kate Hudson

Bislang weigern sich alle Nato-Mitgliedsländer, sich dem Vertrag zum Verbot aller Atomwaffen anzuschließen. Diese Heuchelei wird nicht durchzuhalten sein.

Der UN-Vertrag zum Verbot von Atomwaffen (Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons – TPNW) wurde von 122 Staaten in der UN-Generalversammlung angenommen. Die Nato-Mitgliedsländer boykottierten jedoch die Verhandlungen – mit der Ausnahme der Niederlande. Als der Vertrag im September 2017 angenommen wurde, veröffentlichte die Nato eine bössartige Erklärung, die voller Lügen ist. So behauptet die Nato, der UN-Vertrag würde „Spaltungen zu einem Zeitpunkt produzieren, wo ein gemeinsamer Ansatz hinsichtlich der Sicherheitsbedrohungen notwendiger denn je“ sei. Das ist schlicht eine Lüge. Die große Mehrheit der Staaten fordert die Vernichtung aller Atomwaffen. Eine Spaltung betreiben allein diejenigen, die ihre Atomwaffen behalten und unter Umständen auch einsetzen wollen. Der UN-Vertrag hat die Heuchelei der Atomwaffen-Staaten offen gelegt. Es gibt keinerlei vertragliche Verpflichtung für Nato-Staaten, blind weiter für alle Ewigkeit an Atomwaffen festzuhalten. Kluge Nato-Mitgliedsländer sollten die Chance nutzen und die Nato zum Verzicht auf Atomwaffen führen.

Claudia Haydt, Mitglied des Vorstands der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. · Kate Hudson ist Generalsekretärin des CND (Campaign for Nuclear Disarmament) und gehört dem Koordinierungskreis No to war no to NATO an.

Die Militarisierung der Europäischen Union (EU)

Auf dem Kriegspfad

Reiner Braun

Im Schlussdokument des NATO-Gipfels von Wales 2016 wurde die Militärpolitik der EU als eine „mit der NATO verbundene, eigenständige Politik“ bezeichnet. Seit dem Brexit-Beschluss 2017 hat die Militarisierung der EU in Riesenschritten zugenommen. Als vorläufig letzte Maßnahme verständigten sich im Mai 2018 das Europaparlament, die EU-Kommission und der Ministerrat auf die Einzelheiten des »European Defence Industrial Development Programme« (EDIDP) – eine zentrale Säule des bereits im vergangenen Jahr beschlossenen Europäischen

Rüstungsfonds. Demnach wird nun für die Jahre 2019 und 2020 eine halbe Milliarde Euro bereitgestellt, um die Rüstungsforschung und die industrielle Entwicklung neuer Waffensysteme zu unterstützen. Für die Jahre von 2021 bis 2027 sind 13 Milliarden Euro eingeplant. Das EDIDP soll unter anderem die Entwicklung von bewaffneten Drohnen sowie von Instrumenten zur Führung eines Cyberkriegs finanzieren. Ausdrücklich gefördert werden soll die Entwicklung tödlicher autonomer Waffen. Mit diesem Programm wird erklärmaßen die Schaffung eines „Europäisch Militärisch-industriellen-wissenschaftlichen Komplexes“ betrieben.

Der Europäischen Verteidigungsfonds (EVF) ist neben PESCO der zentrale Baustein in der aktuellen EU-Rüstungspolitik.

PESCO (Permanent Structured Cooperation); deutsch: Ständige Strukturierte Zusammenarbeit, bezeichnet die Zusammenarbeit von 25 der 28 EU-Mitgliedstaaten. Vereinbart wurden dabei:

- Regelmäßige Erhöhung des Verteidigungshaushaltes bis hin zu den 2% Bruttoinlandsprodukt. Das würde die Steigerung der Militärausgaben der EU Staaten auf ca. 250 bis 300 Milliarden Euro bedeuten, in vielen Ländern eine Verdopplung des Rüstungsetats.
- Erhöhung der Ausgaben für

militärische Forschung auf 2 Prozent des entsprechenden nationalen Verteidigungshaushalts

- Durchführung gemeinsamer, strategischer Rüstungsprojekte
- Enge Zusammenarbeit im Bereich der Cyberdefence. Dabei geht es längst nicht nur um die Dominanz im Cyberraum. Die Europäische Union zählt hierzu auch den sogenannten Migrantenschmuggel oder Cyberangriffe auf Ölkonzerne.
- Bereitstellung von Einsatzgruppen und Logistik für die EU-Battle-groups.
- Einrichtung von sogenannten Ankerarmeen, d.h. Kooperation der starken Armeen (Frankreich, Deutschland) mit den Armeen klei-

nerer Staaten, die in die Armeen der zentralen Staaten eingegliedert werden. Dieses sind erste Riesenschritte hin zu einer europäischen Armee. Deutschland hat bereits entsprechende Abkommen mit den Niederlanden, der Slowakei, Rumänien, Polen und Norwegen abgeschlossen. Zur Umsetzung wurden 17 Projekte unter nationaler Federführung verbindlich vereinbart. Die deutsche Bundeswehr wird vier der ersten 17 PESCO-Projekte anführen: die Logistik für die Verlagerung der Truppen, ein Trainingszentrum für Militärausbilder, den Aufbau eines mobilen Krankenhauses und das dazu gehörige Sanitätskommando. Aufbau einer gemeinsamen militärischen Infrastruktur durch ein europäisches militärisches Hauptquartier und gemeinsame Kommandostrukturen besonders bei der Luftwaffe bzw. den Lufttransporteinheiten

- Fortsetzung des Einsatzes europäischer Truppen überall auf der Welt (Interventionskriege). Die EU ist seit 1992 an 20 Auslands- bzw. Militäreinsätzen beteiligt, aktuell u.a. in Mali, Somalia, Kosovo, Afghanistan. Diese Einsätze sollen auch gemeinsam finanziert werden
 - Verbesserte Interoperabilität der Streitkräfte, ihrer Strategien und Waffensysteme, Entwicklung einheitlicher Waffensysteme, die dann auch exportiert werden sollen. Auf diese Weise soll ein europäischer Militärischer Komplex entstehen. Hinzuzufügen ist, dass der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) auch Militärattachés beinhaltet.
- Die „strategische militärische Autonomie der EU“ soll gestärkt werden, damit die Supermacht EU auch militärisch „mithalten kann“. Frieden sieht anders aus.

Reiner Braun ist Co-Präsident des International Peace Bureau (IPB) und Mitglied des Koordinierungskreises No to war - no to NATO.

NATO: Wachsende atomare Aufrüstung und immer engere Politik der Einkreisung

Sie bereiten einen Atomkrieg vor!

Kate Hudson

Im Wahlkampf 2016 versprach Trump, sinnlose ausländische Kriege zu beenden. Tatsächlich bringt die Präsidentschaft Trumps eine neue Ära des Militarismus. Trumps Militärstrategie besagt: Die USA konkurrieren um die Weltvorrang mit Russland und China. Diese werden als „revisionistische Mächte“ bezeichnet, die die Welt nach ihrem „autoritären Modell“ umgestalten wollten.

Der neue Ansatz verlagert den Fokus weg vom Nahen Osten. Obamas Fokus auf China wird auf die gesamte „eurasische Region“ erweitert. Damit liegt der Schwerpunkt nicht mehr auf „asymmetrischer Kriegsführung“ gegen nichtstaatliche Akteure. Das heißt: Die USA orientieren auf Krieg mit Großmächten. Das Risiko eines großen Kriegs ist gestiegen. Die jüngst veröffentlichte neue amerikanische Nuklearstrategie (Nuclear Posture Review) macht einen Atomkrieg wahrscheinlicher. Das wichtigste Element dieser Strategie ist die Entscheidung für eine komplett neue Generation nuklearer Waffen. Es handelt sich um Atomwaffen mit „geringerer Sprengkraft“, die

als „nutzbare“ Nuklearwaffen bezeichnet werden. Parallel läuft die Modernisierung nuklearer Waffen für eine Billion Dollar.

Gleichzeitig fordern die USA massiv, dass alle NATO-Mitglieds-

länder 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Militärausgaben aufwenden. Die B61-Atombomben werden derzeit zu B61-12-Bomben aufgerüstet, ebenfalls um sie „nutzbarer“ zu machen. Diese sind in den

fünf europäischen Ländern Belgien, Deutschland, Niederlande, Italien und der Türkei stationiert.

Die Erweiterung der NATO schreitet voran: Im Juni 2017 wurde Montenegro als 29. Mitglied bestätigt, trotz überwältigender Ablehnung in der Bevölkerung. Bosnien-Herzegowina befindet sich in Beitrittsverhandlungen. Damit sieht sich Russland zusehends von US- und NATO-Stützpunkten umgeben. Dieser Prozess ist seit Ende des kalten Krieges im Gange: Der Warschauer Pakt wurde aufgelöst, die NATO nicht. Anstatt ihre globale militärische Präsenz zurückzuschrauben haben die USA die von ihrem früheren Rivalen freigegebenen Positionen ausgefüllt. Als die osteuropäischen Staaten Marktwirtschaft und Mehrparteien-Demokratie übernahmen, haben die USA sie über die NATO schnell in ihre Einflussphäre integriert.

Im März 1999 wurden Ungarn, Polen und Tschechien als Vollmitglieder aufgenommen. Im März 2004 folgten ihnen Estland, Lettland, Litauen, Slowenien, die Slowakei, Bulgarien und Rumänien, 2009 Albanien und Kroatien. Nicht nur ehemalige Mitglieder des Warschauer Pakts, mit den baltischen

Staaten wurden bereits ehemalige Sowjetrepubliken zu Nato-Frontstaaten ausgebaut.

Taten und Worte der NATO-Verantwortlichen tragen zu immer neuer Eskalation der Spannungen mit Russland und zur wachsenden Angst vor einem Atomkrieg bei. So trug die zunehmende Präsenz der NATO in der Region maßgeblich zum Konflikt zwischen Georgien und Russland 2008 bei; sie ist verantwortlich für die anhaltende Krise in der Ukraine. Die NATO richtete auch ein militärisches Trainingszentrum in Georgien ein. Sie wird die „Reformierung“ des ukrainischen Militärs – also dessen Aufrüstung – unterstützen. Nato-Kommandos sind seit 2017 in Estland, Litauen, Lettland und Polen stationiert. Großbritannien ist in groß angelegte NATO-Übungen involviert; jüngst wurden B52-Übungen über der Nordsee von britischen Stützpunkten aus koordiniert.

Anstelle der Verschwendung von Unsummen für Nuklearwaffen fordern weltweit Menschen echten Frieden mit sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Sicherheit, gleichberechtigtem Zugang zu Ressourcen und einer Willkommenskultur für Geflüchtete. Für die NATO und ihre Atomwaffen gibt es keinen Platz in dieser erforderlichen Weltfriedensordnung.

-Anzeige-



Werner Rügemer
BIS DIESE FREIHEIT DIE WELT ERLEUCHTET
Transatlantische Sittenbilder aus Politik und Wirtschaft, Geschichte und Kultur
ISBN 978-3-89438-615-3 | 224 Seiten | € 14,90

Was tut sich in Städten, Unternehmen, Finanzoasen, Gerichtssälen, Redaktionen und Kultur? Werner Rügemer zeigt »wunde Punkte« beiderseits des Atlantiks und gibt machtgestützter Desinformation Kontra.



Jörg Kronauer
MEINST DU, DIE RUSSEN WOLLEN KRIEG?
Russland, der Westen und der zweite Kalte Krieg
ISBN 978-3-89438-650-4 | 207 Seiten | € 14,90

Russland hat nach 1991 erst mit eigener Weltpolitik begonnen, als es vom Westen abgewiesen wurde. Jörg Kronauer zeichnet die offensive westliche Außenpolitik nach und belegt den defensiven Charakter russischer Reaktionen.